

## **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

### **Österreichische Maßnahmen zur Restitution und Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus**

**Österreich / Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten**

**Wien, 2001**

Dokument 3. Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America Relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, ...

## Dokument 3

### **Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria Relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, Vienna, 8, 15 and 22 May 1959**

#### **I**

#### **The Austrian Minister of Foreign Affairs to the American Ambassador DER BUNDESMINISTER FÜR DIE AUSWÄRTIGEN ANGELE- GENHEITEN**

Zl. 258.436-VR/59

1 Beilage

Wien, am 8. Mai 1959

Exzellenz!

Ich erlaube mir, mich auf die Besprechungen zu beziehen, die zwischen Vertretern der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über gewisse Typen und Kategorien von Forderungen stattfanden, die von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unter Berufung auf Artikel 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15. Mai 1955, im nachfolgenden als Staatsvertrag bezeichnet, vorgebracht wurden.

#### **A**

Diese Besprechungen bezogen sich zunächst auf ein Aide Memoire der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 18. Juni 1956, in dem die nachstehend angeführten Forderungstypen und Forderungskategorien behandelt sind:

- 1) Versorgungsansprüche
- 2) Versicherungspolizzen
- 3) Bankkonten
- 4) Diskriminierende Abgaben
- 5) Geldverluste
- 6) Hypotheken
- 7) Wertpapiere
- 8) Bestandrechte

Ferner wurden noch folgende in der Zwischenzeit aufgetauchte Forderungstypen und Forderungskategorien erörtert:

- 9) Forderungen auf Entschädigung aus Rückstellungsanträgen auf Siedlungsliegenschaften gemäss Paragraph 23 Absatz 4 des Dritten Rückstellungsgesetzes (BG Bl. Nr. 54/1947).
- 10) Forderungen, die im Zusammenhang mit dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (BG Bl. Nr. 127/1958) aus Artikel 26 Staatsvertrag abgeleitet werden.

Die österreichische Bundesregierung hat diesen Besprechungen zugrunde gelegt, dass diese Punkte alle noch unbereinigten Typen und Kategorien von Forderungen gegen die Republik Österreich umfassen, die von Verfolgten, auf die sich Artikel 26 (1) Staatsvertrag bezieht (im nachfolgenden als „Verfolgte“ bezeichnet), aus den einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet und auf Grund ihrer Behauptung durch Verfolgte von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Republik Österreich vertreten werden könnten.

Forderungen der Kategorien 1) und 2) wurden bereits behandelt, wie aus den Verbalnoten der österreichischen Bundesregierung Zl. 537.991-VR/58 vom 15. April 1958 und Zl. 540.712-VR/58 vom 15. September 1958 hervorgeht.

Zusätzlich zu den in diesen Noten abgegebenen Zusicherungen ist die österreichische Bundesregierung bereit, zur Regelung der restlichen oben angeführten Typen und Kategorien von Forderungen nachstehende Massnahmen zu treffen, ohne dass hiedurch präjudizielle Folgerungen für den Rechtsstandpunkt der österreichischen Bundesregierung über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet werden können.

### **I. Pauschalsummen – Regelung**

Errichtung eines Fonds mit einem Kapital im Gegenwert von sechs Millionen Dollar und zusätzlich einem Betrag von 10 v. H. hievon für Verwaltungskosten, aus dem, gemäss dem angeschlossenen Statutenentwurf, der auf Grund eines Vorschlages der Vertreter der Regierungen der Republik Frankreich, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika einvernehmlich ausgearbeitet wurde, Zahlungen an physische Personen geleistet werden sollen. Zahlungen aus diesem Fonds sollen nicht auf Entschädigungen, auf die Verfolgte nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz Anspruch haben, angerechnet werden.

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass alle zur Errichtung des Fonds erforderlichen Gesetzesentwürfe den österreichischen gesetzgebenden Organen innerhalb von drei Monaten nach Empfang der in Abschnitt B dieser Note erwähnten Zusicherung vorgelegt werden.

Nach Massgabe des Bedarfes werden dem Fonds die oben erwähnten Beträge in folgender Weise zur Verfügung gestellt:

ab 1. Juli 1959 .....	10 Millionen Schilling
ab 1. März 1960 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. Juni 1960 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. September 1960 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. Dezember 1960 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. März 1961 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. Juni 1961 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. September 1961 .....	20 Millionen Schilling
ab 1. Dezember 1961 .....	den noch verbleibenden Rest.

Die obenerwähnten Gesetzesentwürfe werden auch Nachstehendes vorsehen:

(a) Der zu errichtende Fonds wird von allen bundesrechtlich geregelten Abgaben befreit werden. Die Abgabebefreiung wird sich jedoch nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Fonds erstrecken, der über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Aus dem Fonds geleistete Zahlungen werden bei den Empfängern nicht der Steuerpflicht unterliegen.

(b) Durch die Errichtung des Fonds unmittelbar veranlasste Schriften werden von Stempel- und Rechtsgebühren sowie Bundesverwaltungsabgaben befreit werden. Der Fonds wird von der Entrichtung von Stempelgebühren hinsichtlich eines Schriftverkehrs mit den öffentlichen Behörden und Ämtern befreit werden.

(c) Die österreichischen Behörden, bei denen sich Akten über die behauptete Schädigung befinden, werden zur Erteilung derjenigen Auskünfte an den Fonds verpflichtet werden, deren dieser zur Beurteilung der Frage bedarf, ob der Zuwendungswerber einen Schaden im Sinne der Fondsstatuten erlitten hat; die Behörden werden dieser Verpflichtung durch Einsichtgewährung in ihre Akten, Register und sonstigen Geschäftsbehelfe, insbesondere in die Akten der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, entsprechen können.

## **II. Landwirtschaftliche Liegenschaften**

Für den Fall, dass die über die Einzelfälle laufenden Vergleichsverhandlungen nicht zu befriedigenden Regelungen führen, wird die österreichische Bundesregierung den österreichischen gesetzgebenden Organen die Erlassung gesetzlicher Vorschriften vorschlagen, die im Sinne des Paragraph 23, Absatz 3 des Dritten Rückstellungsgesetzes eine angemessene Entschädigung jener Rückstellungswerber vorsehen, auf deren Ansprüche Paragraph 23, Absatz 4 des genannten Gesetzes Anwendung findet.

### **III. *Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz***

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass sobald als möglich, gesetzliche Vorschriften erlassen werden, denen zufolge Zahlungen des „Hilfsfonds für politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben (Hilfsfonds)“, nur mit 10 v.H. auf eine Entschädigung für Hausratschäden und mit 25 v.H. auf eine Entschädigung für Schäden an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen angerechnet werden. Zahlungen unter Gruppe A oder B des „Hilfsfonds“ werden auf Entschädigungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz nicht angerechnet werden.

### **IV. *Bestandrechte***

In Einzelfällen, in denen ehemalige Inhaber von Bestandrechten, die sie auf Grund von Verfolgungsmassnahmen verloren haben, nach Österreich zurückgekehrt sind und sich darum bemühen, in Österreich wieder einen ständigen Wohnsitz zu begründen oder sich in Österreich wieder geschäftlich oder beruflich niederzulassen, werden die österreichischen Behörden im Rahmen der ihnen zustehenden Möglichkeiten solche Bemühungen um die Erlangung von Bestandrechten für diese Zwecke unterstützen.

### **V. *Rückstellung erbloser oder nicht fristgerecht beanspruchter entzogener Vermögensschaften***

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass in absehbarer Zeit gesetzliche Vorschriften über erblose oder nicht beanspruchte Vermögensschaften, gesetzliche Rechte und Interessen [Artikel 26 (2) Staatsvertrag] erlassen werden, worin vorgesehen wird, dass in Fällen, in denen ein Verfolgter es unterlassen hat, innerhalb der durch die österreichische Rückstellungsgesetzgebung vorgesehenen Fristen einen Rückstellungsanspruch auf Rückstellung von Vermögensschaften, gesetzlichen Rechten oder Interessen geltend zu machen, diesem Verfolgten oder seinem Rechtsnachfolger die Möglichkeit gegeben wird, im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung Befriedigung für seinen Anspruch zu erhalten, vorausgesetzt dass ein solcher Anspruch innerhalb von drei Monaten nach Empfang einer Aufforderung durch den Anspruchswerber, einen Anspruch geltend zu machen, oder in anderen Fällen innerhalb eines Jahres nach der Erlassung dieser gesetzlichen Vorschriften, geltend gemacht worden ist.

## **B**

Die österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit, die vorangeführten Massnahmen zu treffen, wenn sie von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Zusicherung erhält,

a) dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Errichtung des unter Punkt I vorgesehenen Fonds mit den im Entwurf angeschlossenen Statuten und nach Inkrafttreten der oben unter Punkt II – insoweit befriedigende Regelungen nicht erzielt werden – und unter den Punkten III und V angeführten gesetzlichen Massnahmen, weitere auf Artikel 26 des Staatsvertrages gestützte Forderungen von Verfolgten aus einer in der Zeit nach dem 13. März 1939 erfolgten Beschlagnahme, Sequestrierung, Konfiskation, Kontrolle oder zwangsweisen Übertragung von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen in Österreich, die unter die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Note angeführten Typen und Kategorien fallen, im diplomatischen Wege der österreichischen Bundesregierung gegenüber weder vorbringen noch unterstützen wird,

b) dass nach Wissen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Noten angeführten Forderungskategorien alle noch unbereinigten Kategorien von Forderungen auf Rückgabe oder Wiederherstellung von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen von Verfolgten in Österreich umfassen, die in der Zeit nach dem 13. März 1938 beschlagnahmt, konfisziert, sequestriert, unter Kontrolle genommen oder zwangsweise übertragen wurden.

### C

Nichts in dieser Note soll Ansprüche auf Grund des Abkommens vom 21. November 1956 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich betreffend bestimmte auf Dollar lautende Obligationen (BG Bl. Nr. 215/1957), auf Grund des Wiener Memorandums vom 10. Mai 1955 oder auf Grund der österreichischen Zivilgesetzgebung und darauf beruhende diplomatische Vorstellungen berühren.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Leopold FIGL

Seiner Exzellenz Herrn H. Freeman Matthews  
ausserordentlicher und bevollmächtigter Botschafter  
der Vereinigten Staaten von Amerika  
Wien

[TRANSLATION<sup>1)</sup> –  
TRADUCTION<sup>2)</sup>]

**D**  
**STATUTEN DES FONDS**  
**ZUR ABGELTUNG**  
**GEWISSER**  
**VERMÖGENSVERLUSTE**  
**POLITISCH VERFOLGTER**

**Artikel I**

**ENTSTEHUNG DES FONDS**

(1) Mit Bundesgesetz vom ... BGBl. Nr. ..., betreffend die Bereitstellung von Bundesmitteln für den Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter, wurde dem Fonds zwecks Erfüllung seiner Aufgaben ein Betrag von ... Schilling gewidmet.

(2) Das Bundesministerium für Inneres als oberste Fondsbehörde hat die Errichtung dieses Fonds auf Grund der vorliegenden Statuten unter gleichzeitiger Verleihung der Rechtspersönlichkeit genehmigt.

**Artikel II**

**NAME, JURISTISCHE**  
**PERSÖNLICHKEIT UND**  
**SITZ DES FONDS**

(1) Der Fonds erhält den Namen: 'Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter'.

(2) Der Fonds besitzt Rechtspersönlichkeit und hat seinen Sitz und ordentlichen Gerichtsstand in Wien.

**D**  
**[DRAFT] BY-LAWS OF THE**  
**FUND FOR THE SETTLEMENT**  
**OF CERTAIN PROPERTY**  
**LOSSES OF POLITICAL**  
**PERSECUTEES**

**Article I**

**ORIGIN OF THE FUND**

(1) Under the Federal Law of ..., Federal Law Gazette No. ... concerning the allocation of federal funds to the Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees an amount of ... schillings was allocated to the Fund for the fulfillment of its tasks.

(2) The Federal Ministry of the Interior as supreme fund authority approved the establishment of this Fund on the basis of these By-laws, granting it at the same time the status of a juridical person.

**Article II**

**NAME, JURIDICAL**  
**PERSONALITY AND**  
**SEAT OF THE FUND**

(1) The Fund shall be given the following name: 'Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees'.

(2) The Fund is a juridical person and has its seat and venue in Vienna.

<sup>1)</sup> Translation by the Government of the United States of America.

<sup>2)</sup> Traduction du Gouvernement des États-Unis d'Amérique.

### Artikel III

#### ZWECK DES FONDS

(1) Der Fonds hat den Zweck, unter Aufzehrung seiner Mittel (Artikel I) nach Massgabe der Bestimmungen dieser Statuten einmalige Zuwendungen an physische Personen zu gewähren, die Eigentümer von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten oder Interessen in Österreich waren, die unter die in Absatz 2 dieses Artikels angeführten Kategorien fallen und zwischen dem 13. März 1938 und dem 8. Mai 1945 wegen der rassischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers oder im Zuge anderer nationalsozialistischer Verfolgungsmassnahmen gegen den Eigentümer Gegenstand gewaltsamer Übertragung oder von Massnahmen der Konfiskation gewesen sind, vorausgesetzt, dass solche Vermögenschaften, gesetzliche Rechte und Interessen nicht schon zurückgegeben oder wiederhergestellt worden sind. Derartige Vermögenschaften, gesetzliche Rechte und Interessen werden im Nachfolgenden als ‚konfisziert‘ bezeichnet.

(2) Zuwendungen werden für die folgenden Kategorien von konfiszierten Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen gewährt:

- a) Bankkonten,
- b) Wertpapiere,
- c) Bargeld,
- d) Hypotheken,
- e) Entrichtung von diskriminierenden Abgaben.

(3) Für alle Kategorien kann der ehemalige Eigentümer (Absatz 1)

### Article III

#### PURPOSE OF THE FUND

(1) It is the purpose of the Fund to use its moneys (Article I), in accordance with the provisions of these By-laws, for making lumpsum awards to natural persons who were the owners of properties, legal rights or interests in Austria which fall within the categories enumerated in paragraph 2 of this Article and which, between March 13, 1938 and May 8, 1945, were the subject of forced transfer or measures of confiscation on account of the racial origin or religion of the owner or in the course of other National Socialist persecution of the owner, providing such properties, legal rights and interests have not already been returned or restored. Such properties, legal rights and interests will hereinafter be referred to as 'confiscated'.

(2) Awards shall be made for the following categories of confiscated properties, legal rights and interests:

- a) bank accounts
- b) securities
- c) money
- d) mortgages
- e) payment of discriminatory taxes

(3) For all categories a former owner (paragraph 1) can obtain

nur eine Zuwendung erhalten, die im Folgenden als ‚ursprüngliche Zuwendung‘ bezeichnet wird.

(4) Jeder Rechtsweg, betreffend Zuwendungen aus dem Fonds, ist ausgeschlossen.

#### **Artikel IV**

##### **ABGRENZUNG DES BEGÜNSTIGTEN PERSONENKREISES**

(1) Zuwendungen durch den Fonds dürfen nur folgenden physischen Personen, die zur Zeit der Veröffentlichung dieser Statuten im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ am Leben sind, in der nachstehenden Reihenfolge gewährt werden:

- a) dem ehemaligen Eigentümer;
- b) dem (der) Ehegatten (Ehegattin) eines solchen ehemaligen Eigentümers;
- c) den Kindern des ersten Grades eines solchen ehemaligen Eigentümers, zu gleichen Teilen;
- d) wenn ein Kind, das sonst nach (c) für eine Zuwendung in Frage käme, gestorben ist, ist der Anteil eines solchen Kindes an seine überlebenden Kinder zu gleichen Teilen zu verteilen;
- e) den Eltern oder dem überlebenden Elternteil eines solchen ehemaligen Eigentümers.

(2) Wenn eine Person oder Personen, der bzw. denen eine Zuwendung zuerkannt wurde, zum Zeitpunkt der tatsächlichen Auszahlung der Zuwendung nicht mehr am Leben ist, hat die Auszahlung derselben in der in Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge an jene Perso-

only one award, which will hereinafter be referred to as ‘original award’.

(4) All suits at law with regard to awards from the Fund are barred.

#### **Article IV**

##### **PERSONS WHO QUALIFY FOR AWARDS**

(1) Awards by the Fund shall be made only to the following natural persons living at the time of the promulgation of these By-laws in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*, in the following order:

- a) the former owner
- b) the spouse of the former owner
- c) the children of the first degree of the former owner, in equal parts
- d) if a child otherwise eligible for an award under (c) is deceased, the share of such child shall be distributed to his surviving children in equal parts
- e) the parents or surviving parent of the former owner.

(2) If a person, or persons, to whom an award has been made is or are no longer living at the time of actual payment of the award, payment thereof shall be made in the order provided for in paragraph (1) to those persons who are still living. If none of the persons specified in

nen, die noch am Leben sind, zu erfolgen. Im Falle keine dieser in Absatz 1 angeführten Personen zum Zeitpunkte der Auszahlung einer Zuwendung am Leben ist, verfällt die Zuwendung.

(3) Juristische Personen sind von Zuwendungen ausgeschlossen.

(4) Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen sind oder dem nationalsozialistischen Regime Vorschub geleistet haben, sind von Zuwendungen ausgeschlossen.

### **Artikel V**

#### **BANKKONTEN**

(1) Als Bankkonto im Sinne dieser Statuten gilt jede Geldeinlage bei einer Bank oder einem anderen Geld- oder Kreditinstitut in Österreich.

(2) Ursprüngliche Zuwendungen für Bankkonten sind gleich dem Kontostand zur Zeit der Konfiskation. Zinsen für die Folgezeit bleiben unberücksichtigt.

### **Artikel VI**

#### **WERTPAPIERE**

(1) Als Wertpapiere im Sinne dieser Statuten gelten Aktien und Obligationen.

(2) Aktien im Sinne dieser Statuten sind die von einer in- oder ausländischen Aktiengesellschaft ausgegebenen auf Namen oder Inhaber lautenden Bestätigungen über Anteilsrechte, die in Österreich konfisziert wurden.

paragraph (1) are living at the time of payment of an award, the award shall lapse.

(3) Juridical persons are excluded from awards.

(4) Persons who were members of the NSDAP or one of its affiliated organizations or who aided and abetted the National Socialist regime are excluded from awards.

### **Article V**

#### **BANK ACCOUNTS**

(1) Any deposit of money in a bank or any other financial or credit institution in Austria shall be considered a bank account within the meaning of these By-laws.

(2) Original awards for bank accounts shall be equal to the balance in the account at the time of confiscation. No consideration shall be given to interest after the confiscation.

### **Article VI**

#### **SECURITIES**

(1) Securities within the meaning of these By-laws are stocks and bonds.

(2) Within the meaning of these By-laws stocks are registered or bearer stock certificates issued by a domestic or foreign corporation, which were confiscated in Austria.

(3) Obligationen im Sinne dieser Statuten sind Schuldverschreibungen von Gesellschaften, Regierungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die durch ein Inhaberpapier nachgewiesen sind, das zum Zeitpunkt der Konfiskation oder einer anderen gewaltsamen Verfügung in Österreich war.

(4) Der Wert konfiszierter Wertpapiere zwecks Bestimmung einer Zuwendung ist der vom Fonds festgestellte Marktwert der Wertpapiere am 27. Juli 1955. Wenn der Fonds jedoch feststellt, dass das Wertpapier am 27. Juli 1955 keinen oder nur einen Evidenzwert hatte, dann hat der Fonds den Wert auf Grund des Marktwertes zur Zeit der Konfiskation festzusetzen.

## **Artikel VII**

### **BARGELD**

(1) Bargeld im Sinne dieser Statuten ist jegliches Papier- oder Hartgeld, das von einer Regierung oder mit Ermächtigung einer Regierung ausgegeben worden ist und von der ausgebenden Stelle zur Zeit der Konfiskation in Österreich als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt war.

(2) Zuwendungen für konfisziertes Bargeld dürfen nur zuerkannt werden, wenn der Antragsteller schriftliches Beweismaterial, wie amtliche Schriftstücke, Empfangsbescheinigungen oder andere schriftliche Unterlagen aus der Zeit der Konfiskation vorlegt, wonach Bargeld im Sinne des Artikels III konfisziert worden ist.

(3) Within the meaning of these By-laws bonds are obligations of companies, governments and public bodies evidenced by a bearer certificate located in Austria at the time of confiscation or other forced disposition.

(4) For the purpose of fixing the amount of an award the value of confiscated securities shall be the market value of the securities on July 27, 1955, as determined by the Fund. However, if the Fund determines that the securities had no value, or merely a nominal value, on July 27, 1955, the Fund shall fix the value on the basis of the market value at the time of the confiscation.

## **Article VII**

### **MONEY**

(1) Within the meaning of these By-laws money is any paper or metallic currency issued by, or under the authority of, a government and recognized by the issuing authority as legal tender at the time of its confiscation in Austria.

(2) Awards for confiscated money shall be made only if the applicant presents documentary evidence, such as official records, receipts or other documents dating from the time of the confiscation, showing that money was confiscated within the meaning of Article III.

(3) Für die Festsetzung einer Zuwendung ist als Wert von anderen Währungen als der Schilling- oder Reichsmarkwährung der offizielle Schillingwechselkurs am 12. März 1938 massgebend.

### **Artikel VIII**

#### **HYPOTHEKEN**

(1) Hypothek im Sinne dieser Statuten ist jegliche Art von Schuld, die durch einen schriftlichen Vertrag zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger vereinbart wurde und im Grundbuch in Österreich als Pfandrecht an einer Liegenschaft eingetragen ist.

(2) Für unbezahlte Restbeträge konfiszierter Hypotheken werden Zuwendungen zuerkannt. Für Zinsen, die nach dem Zeitpunkt der Konfiskation gezahlt worden wären, wird keine Zuwendung zuerkannt.

### **Artikel IX**

#### **DISKRIMINIERENDE ABGABEN**

(1) Diskriminierende Abgaben im Sinne dieser Statuten sind die Reichsfluchtsteuer und die Sühneleistung der Juden (JUVA), die vom Deutschen Reich in Österreich zwischen dem 13. März 1938 und dem 8. Mai 1945 vorgeschrieben wurden.

(2) Zuwendungen für geleistete diskriminierende Abgaben werden in der Höhe des Betrages zuerkannt, der von physischen Personen, die in die in Artikel III Absatz 1 angeführten Gruppen fallen, an solchen Abgaben bezahlt worden ist.

(3) The value of currencies other than the schilling or reichsmark currencies for the purpose of fixing an award shall be the official schilling rate of exchange on March 12, 1938.

### **Article VIII**

#### **MORTGAGES**

(1) Within the meaning of these By-laws a mortgage is any indebtedness based on a written contract between the debtor and the creditor and recorded in the Land Register in Austria as a lien against real estate.

(2) Awards shall be made for unpaid balances on confiscated mortgages. No award shall be made for interest which would have been paid after the date of confiscation.

### **Article IX**

#### **DISCRIMINATORY TAXES**

(1) Within the meaning of these By-laws discriminatory taxes are the *Reichsfluchtsteuer* (National Emigration Tax) and *Sühneleistung der Juden* (JUVA) (Jewish Expiatory Fine) imposed by the German Reich in Austria between March 13, 1938 and May 8, 1945.

(2) Awards for any discriminatory taxes paid shall be made in the amount of such taxes paid by natural persons falling within the groups mentioned in Article III, paragraph 1.

## Artikel X

### ZAHLUNGEN

(1) In Anbetracht der seit 13. März 1938 in Österreich stattgefundenen Währungsänderungen und Währungsschutzmassnahmen wird aus Billigkeitsgründen jede ursprüngliche Zuwendung (Artikel III Absatz 3) auf 35 v.H. des ursprünglichen Zuwendungsbetrages herabgesetzt. Solche herabgesetzte Zuwendungen werden im Nachfolgenden als ‚berichtigte Zuwendung‘ bezeichnet.

(2) Die berichtigte Zuwendung ist zunächst im Betrage der berichtigten Zuwendung, höchstens aber mit 20.000 Schilling auszuführen.

(3) Im Falle dem Fonds nach Auszahlung der in Absatz 2 vorgesehenen Beträge ein Restbetrag verbleibt, soll dieser Restbetrag so verwendet werden, dass Zahlungen auf die ursprünglichen Zuwendungen bis zur Höhe der ursprünglichen Zuwendung, höchstens aber, unter Einrechnung der Zahlungen nach Absatz 2, bis zu 10.000 Schilling erfolgen.

(4) Im Falle dem Fonds nach Auszahlung der in den Absätzen 2 und 3 vorgesehenen Beträge ein Restbetrag dazu verwendet werden, den Rest einer berichtigten Zuwendung, höchstens aber den Betrag von 20.000 Schilling auszuführen.

(5) Im Falle dem Fonds nach den Absätzen 2, 3 und 4 vorgesehenen Zahlungen ein Restbetrag verbleibt, ist ein derartiger Restbetrag so zu verwenden, dass verhältnis-

## Article X

### PAYMENTS

(1) In view of the currency changes and currency reforms instituted in Austria since March 13, 1938, each original award (Article III, paragraph 3) shall for reasons of equity be reduced to 35 percent of its original amount. Such reduced award will hereinafter be referred to as 'adjusted award'.

(2) Payment of the adjusted award shall initially be made in the amount of the adjusted award, but not to exceed 20.000 schillings.

(3) If there is a balance remaining in the Fund after the amounts provided for under paragraph (2) have been paid, such balance shall be used for payments on the original awards up to the amount of the original award, but not to exceed an amount of 10.000 schillings after including payments under paragraph (2).

(4) If there is a balance remaining in the Fund after the amounts provided for under paragraphs (2) and (3) have been paid, such balance shall be used to pay the remainder of an adjusted award, but not in an amount exceeding 20.000 schillings.

(5) If there is a balance remaining in the Fund after the payments provided for under paragraphs (2), (3), and (4) have been made, such balance shall be used to make

mässige Zahlungen auf noch offene Beträge jener berechtigten Zuwendungen, welche 40.000 Schilling übersteigen bis zur Gesamthöhe solcher berechtigter Zuwendungen erfolgen.

(6) Im Falle dem Fonds nach den in den Absätzen 2, 3, 4 und 5 vorgesehenen Zahlungen ein Restbetrag verbleibt, ist ein derartiger Restbetrag so zu verwenden, dass verhältnismässige Zahlungen auf den noch offenen Teil der ursprünglichen Zuwendungen erfolgen.

(7) Im Falle der dem Fonds zur Verfügung stehende Betrag nicht hinreicht, um Zahlungen auf alle Zuwendungen in der in Absatz 2, 3 und 4 vorgesehenen Reihenfolge und Weise durchzuführen, sind verhältnismässige Zahlungen des verfügbaren Betrages auf die ursprünglichen oder berechtigten Zuwendungen auf Grund des in den einschlägigen Absätzen festgehaltenen Zahlungsplanes durchzuführen.

(8) Um die Verwaltungskosten des Fonds auf ein Minimum zu beschränken, unterbleibt die Zahlung einer Zuwendung, wenn die ursprüngliche Zuwendung weniger als 500 Schilling beträgt.

(9) Zahlungen, die nach in- oder ausländischen gesetzlichen Vorschriften ausdrücklich für denselben Verlust oder Schaden für die in Artikel III Absatz 2 angeführten Kategorien geleistet wurden oder zustehen, sind auf den Betrag, der sonst auf Grund einer Zuwendung nach diesen Statuten gegebenenfalls zahlbar wäre, anzurechnen.

pro-rata payments on the unpaid amounts of those adjusted awards which exceed 40.000 schillings up to the total amounts of such adjusted awards.

(6) If there is a balance remaining in the Fund after the payments provided for under paragraphs (2), (3), (4), and (5) have been made, such balance shall be used to make pro-rata payments on the unpaid portion of the original awards.

(7) If the amount available to the Fund is not sufficient to make payments on all awards in the order and manner provided for in paragraphs (2), (3), (4), pro-rata payments of the available amount shall be made on the original or adjusted awards on the basis of the payment plan set forth in the pertinent paragraphs.

(8) In order to keep the administrative expenses of the Fund to a minimum, no payment of an award shall be made if the original award is less than 500 schillings.

(9) Payments made or due under domestic or foreign legislation explicitly for the same loss or damage in the categories set forth in Article III, paragraph 2, shall be set off against the amount which might otherwise be payable on the basis of an award under these By-laws.

## **Artikel XI**

### **VORAUSZAHLUNGEN**

(1) Der Fonds kann an Personen, die am 1. Januar 1959 siebenzig Jahre alt waren oder nach diesem Zeitpunkt, jedoch nicht später als am Tage des Ablaufes der Anmeldefrist (Art. XVII), das 70. Lebensjahr erreicht haben, Vorauszahlungen auf bereits zuerkannte berechnete Zuwendungen leisten. Derartige Vorauszahlungen dürfen jedoch den Betrag von 10.000 Schilling nicht übersteigen. Wenn der nach den Bestimmungen dieses Artikels ausbezahlte Betrag den Betrag, welcher nach Artikel X zahlbar würde, übersteigt, wird Rückzahlung des zu viel bezahlten Betrages nicht verlangt.

(2) Sonstige Zahlungen dürfen erst dann geleistet werden, wenn nach Ablauf der Anmeldefrist (Artikel XVII) eine Übersicht über die zu leistenden Zahlungen gegeben ist.

## **Artikel XII**

### **ORGANE DES FONDS**

Organe des Fonds sind:

1. der Geschäftsführer;
2. die Zuerkennungskommissionen;
3. das Kuratorium.

## **Artikel XIII**

### **DAS KURATORIUM**

(1) Dem Kuratorium obliegen die allgemeine Aufsicht und Geschäfts-

## **Article XI**

### **ADVANCE PAYMENTS**

(1) The Fund may make advance payments on adjusted awards already granted to persons who were 70 years old on January 1, 1959 or who reached the age of 70 after that date, but not later than the date of the expiration of the time limit for filing applications (Article XVII). Such advance payments shall not, however, exceed the sum of 10.000 schillings. If the amount paid under the provisions of this Article exceeds the amount which would become payable under Article X, refund of the excess amount shall not be required.

(2) Other payments may be made only when, after the expiration of the time limit for filing applications (Article XVII), an estimate of the payments to be made is possible.

## **Article XII**

### **EXECUTIVE AGENTS OF THE FUND**

The executive agents of the Fund shall be:

1. the Manager
2. the Awards Committees
3. the Board of Trustees

## **Article XIII**

### **THE BOARD OF TRUSTEES**

(1) The Board of Trustees shall exercise general supervision and

führung des Fonds und die Entscheidung über die Einsprüche gegen Beschlüsse der Zuerkennungskommissionen.

(2) Das Kuratorium besteht aus einem Vorsitzenden, acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern. Wenigstens die Hälfte der Mitglieder (Ersatzmitglieder) müssen österreichische Staatsbürger sein.

(3) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Kuratoriums und der Vorsitzende werden von der Bundesregierung auf Grund von Vorschlägen der österreichischen Israelitischen Kultusgemeinden, der römisch-katholischen Kirche und des Evangelischen Oberkirchenrates bestellt und abberufen. Ihre Namen werden im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Die Mitglieder des Kuratoriums haben ihre Funktion bis zu ihrer Abberufung oder freiwilligen Niederlegung ihres Amtes als Kuratoriumsmitglieder fortzuführen.

(4) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte zwei Stellvertreter des Vorsitzenden.

(5) Die Mitglieder des Kuratoriums versehen ihre Funktion ehrenamtlich. Sie sind verpflichtet, ihre Tätigkeit mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auszuüben.

(6) Das Mandat eines Kuratoriumsmitgliedes erlischt:

a) im Falle einer freiwilligen Niederlegung des Amtes acht Wochen, nachdem die Niederlegung der Bundesregierung bekanntgegeben worden ist,

management of the Fund and adjudicate appeals from the decisions of the Awards Committees.

(2) The Board of Trustees shall consist of a Chairman, eight members, and eight alternate members. At least one half of the members (alternate members) must be Austrian citizens.

(3) The members (alternate members) of the Board of Trustees and the Chairman shall be appointed and relieved by the Federal Government upon recommendations by the Austrian Jewish Communities, the Roman Catholic Church and the Evangelical High Consistory. Their names shall be published in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*. The members of the Board of Trustees shall continue in office until they are relieved or have voluntarily resigned their positions as members of the Board.

(4) The Board of Trustees shall elect two Deputy Chairmen from its members.

(5) The members of the Board of Trustees shall serve without remuneration. They are bound to perform their duties with the care exercised by an ordinarily prudent businessman.

(6) The commission of a member of the Board of Trustees expires:

a) in the event of a voluntary resignation, eight weeks after the Federal Government has been notified of the resignation;

b) im Falle der Abberufung durch die Bundesregierung.

(7) Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes aus dem Kuratorium wird die Bundesregierung innerhalb von vier Wochen nach seinem Ausscheiden ein neues Mitglied bestellen.

#### **Artikel XIV**

##### **WIRKUNGSKREIS DES KURATORIUMS**

(1) Das Kuratorium hat die gesamte Geschäftsführung des Fonds zu besorgen und die Gebahrung zu überwachen. Hierzu hat das Kuratorium mindestens einen geeigneten Geschäftsführer (Stellvertreter) zu bestellen, der mit der Geschäftsführung des Fonds betraut ist.

(2) Das Kuratorium genehmigt die Rechnungslegung und entscheidet über Einsprüche gegen Beschlüsse der Zuerkennungskommissionen.

(3) Der Vorsitzende des Kuratoriums hat dafür Sorge zu tragen, dass notwendige Verwaltungsmassnahmen rechtzeitig der Beschlussfassung des Kuratoriums unterzogen werden und dass die rechtsgültig gefassten Beschlüsse des Kuratoriums ordnungsgemäss durchgeführt werden.

#### **Artikel XV**

##### **BESCHLUSSFASSUNG DES KURATORIUMS**

(1) Den Vorsitz führt der Vorsitzende, in dessen Verhinderung ei-

b) when relieved by the Federal Government.

(7) If a member leaves the Board of Trustees, the Federal Government shall appoint a new member within four weeks thereafter.

#### **Article XIV**

##### **FUNCTIONS OF THE BOARD OF TRUSTEES**

(1) The Board of Trustees shall be responsible for the overall management of the Fund and shall supervise the conduct of business. For this purpose the Board of Trustees shall appoint at least one suitable manager (deputy), who shall be entrusted with the management of the Fund.

(2) The Board of Trustees shall approve the accounts rendered and adjudicate appeals from the decisions of the Awards Committees.

(3) The Chairman of the Board of Trustees shall ensure that necessary administrative measures are submitted in proper time to the Board of Trustees for decision and that the legally adopted resolutions of the Board of Trustees are duly carried out.

#### **Article XV**

##### **ADOPTION OF RESOLUTIONS BY THE BOARD OF TRUSTEES**

(1) The Chairman shall preside, or, if he is unable to attend, one of the

ner der Stellvertreter. Die Sitzungen des Kuratoriums werden vom Vorsitzenden einberufen. Auf Wunsch von drei Mitgliedern des Kuratoriums oder auf Wunsch der Bundesregierung hat der Vorsitzende jederzeit binnen einer Woche eine Sitzung einzuberufen.

(2) Zu einer Beschlussfassung des Kuratoriums ist die Anwesenheit des Vorsitzenden (Stellvertreters) und weiterer vier Kuratoriumsmitglieder erforderlich.

(3) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Anwesenden. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des auch sonst mitstimmenden Vorsitzenden (Stellvertreters).

(4) Über die Sitzungen des Kuratoriums ist durch einen vom Vorsitzenden zu bestellenden Schriftführer eine Niederschrift zu verfassen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterfertigen und dann am Sitze des Kuratoriums zu hinterlegen ist.

### **Artikel XVI**

#### **DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG**

(1) Die Führung der laufenden Geschäfte obliegt dem Geschäftsführer, im Falle seiner Verhinderung dem vom Kuratorium ernannten Stellvertreter.

(2) Der Geschäftsführer übt seine Geschäftsführung durch ein Bureau aus. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung (Artikel XX Absatz 2).

deputies. Meetings of the Board of Trustees shall be convened by the Chairman. Upon request of three members of the Board of Trustees or upon request of the Federal Government the Chairman must convene a meeting within one week.

(2) In order that a resolution may be adopted by the Board of Trustees it is required that the Chairman (Deputy) and four other members of the Board be present.

(3) The Board of Trustees shall adopt its resolutions by a simple majority of those present. In case of a tie, the vote of the Chairman (Deputy), who participates in the voting in other cases also, shall decide.

(4) Minutes shall be kept of the meetings of the Board of Trustees by a secretary appointed by the Chairman; the minutes shall be signed by the Chairman and the secretary and then deposited at the seat of the Board.

### **Article XVI**

#### **THE MANAGEMENT**

(1) The management of current business shall be the responsibility of the manager or, in his absence, a deputy appointed by the Board of Trustees.

(2) The manager shall exercise his function through a business office. Further details shall be regulated by the rules (Article XX, paragraph 2).

## **Artikel XVII**

### **ANTRÄGE AN DEN FONDS**

(1) Das Kuratorium hat innerhalb von zwei Monaten nach Verlautbarung der Namen seiner Mitglieder im Amtsblatt ‚Wiener Zeitung‘ einen Aufruf zu erlassen, dass Anträge für Zuwendungen aus Fondsmitteln innerhalb eines Jahres – bei sonstigem Ausschluss von der Berücksichtigung – einzubringen sind. Dieser Aufruf hat auch Richtlinien über die Form dieser Anträge und die allgemeinen Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung enthalten.

(2) Diese Anträge sind schriftlich bei der Geschäftsführung einzubringen. Der Antragsteller muss glaubwürdiges Beweismaterial für das Zutreffen der für die Gewährung einer Zuwendung nach den Statuten erforderlichen Voraussetzungen erbringen.

(3) Die Geschäftsführung hat die eingelangten Anträge ehestens zu überprüfen.

## **Artikel XVIII**

### **ENTSCHEIDUNG ÜBER ANTRÄGE**

(1) Über alle Anträge entscheidet in erster Instanz der Geschäftsführer.

(2) Einsprüche gegen die Beschlüsse des Geschäftsführers sind innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses des Geschäftsführers zulässig. Einsprüche werden von Zuerkennungskommissionen behandelt. Jede Zuerkennungskommission besteht aus drei

## **Article XVII**

### **APPLICATIONS TO THE FUND**

(1) Within two months after the publication of the names of its members in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung* the Board of Trustees shall publish an announcement to the effect that applications for awards from the Fund are to be filed within one year, falling which they shall be excluded from consideration. This announcement shall also contain instructions on the form of these applications and the general requirements for granting an award.

(2) These applications are to be submitted in writing to the management. An applicant must present credible evidence showing that he meets the requirements for the granting of an award under these By-laws.

(3) The management shall review the applications submitted as soon as possible.

## **Article XVIII**

### **ADJUDICATION OF APPLICATIONS**

(1) All applications shall first be decided upon by the manager.

(2) Appeals from the decisions of the manager may be filed within three months after service of such decisions. Appeals shall be heard by the Awards Committees. Each Awards Committee shall consist of three members appointed by the Board of Trustees. Members of

vom Kuratorium bestellten Mitgliedern. Auch die Mitglieder der Zuerkennungskommission, die nicht Mitglieder des Kuratoriums sind, üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

(3) Wenn ein Beschluss einer Zuerkennungskommission von den durch das Kuratorium im Sinne von Artikel XX erlassenen Regelungen abweicht, ist ein weiterer Einspruch durch den Geschäftsführer oder den Antragsteller an das Kuratorium innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses der Zuerkennungskommission zulässig.

### **Artikel XIX**

#### **VERTRETUNG DES FONDS**

(1) Der Fonds wird nach aussen durch den Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

(2) Für den Fonds wird in der Weise rechtsgültig gezeichnet, dass entweder der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter gemeinsam mit einem anderen Mitglied des Kuratoriums der Bezeichnung ‚Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter‘ ihre Unterschrift beisetzen.

### **Artikel XX**

#### **DURCHFÜHRUNGS- VORSCHRIFTEN**

(1) Das Kuratorium kann Grundsätze für die Behandlung der Anträge erlassen.

Awards Committees who are not members of the Board of Trustees shall also serve without remuneration.

(3) If a decision of an Awards Committee is not in line with the regulations issued by the Board of Trustees under Article XX, further appeal may be filed by the manager or the applicant with the Board of Trustees within three months after service of the decision of the Awards Committee.

### **Article XIX**

#### **REPRESENTATION OF THE FUND**

(1) In dealings with other agencies the Fund shall be represented by the Chairman of the Board of Trustees.

(2) Legally binding documents shall be signed on behalf of the Fund either by the Chairman or one of his deputies jointly with another member of the Board of Trustees, whose signatures shall be affixed to the designation ‘Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees’.

### **Article XX**

#### **REGULATIONS**

(1) The Board of Trustees may issue guiding principles for the processing of applications.

(2) Das Kuratorium hat für sich, sowie für die Tätigkeit der Zuerkennungskommissionen und der Geschäftsführung je eine Geschäftsordnung aufzustellen, die der Genehmigung durch die Bundesregierung bedürfen.

### **Artikel XXI**

#### **AUFLÖSUNG DES FONDS**

(1) Der Fonds ist nach vorheriger Zustimmung der Bundesregierung vom Bundesministerium für Finanzen aufzulösen, sobald seine Mittel aufgezehrt sind.

(2) Die Auflösung des Fonds ist im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ zu verlautbaren.

(3) Das gesamte Aktenmaterial des Fonds ist vom Staatsarchiv zu verwahren.

(2) The Board of Trustees shall draw up separate rules for itself and for the work of the Awards committees and the management, which require approval by the Federal Government.

### **Article XXI**

#### **DISSOLUTION OF THE FUND**

(1) The Fund shall be dissolved by the Federal Ministry of Finance with the prior approval of the Federal Government, as soon as its funds have been used up.

(2) The dissolution of the Fund shall be announced in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*.

(3) All records of the Fund shall be kept in custody by the State Archives.

## II

### **The American Ambassador to the Austrian Minister of Foreign Affairs EMBASSY OF THE UNITED STATES OF AMERICA**

No. 1439

Vienna, May 15, 1959

Excellency:

I have the honor to refer to your note No. 258.436-VR/59 of May 8, 1959 regarding the satisfaction of certain classes and categories of claims in connection with Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of May 15, 1955 which reads as follows:

I take the liberty to make reference to the discussions which took place between representatives of the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning certain classes and categories of claims which were advanced by the Government of the United States of America with reference to Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of May 15, 1955, hereinafter called the State Treaty.

## A

These discussions related in the beginning to an Aide-Mémoire of the Government of the United States of America dated June 18, 1956, which was concerned with the classes and categories of claims enumerated below:

- 1) pensions;
- 2) insurance policies;
- 3) bank accounts,
- 4) discriminatory taxes and charges;
- 5) losses of money;
- 6) mortgages;
- 7) securities;
- 8) tenancy rights.

In addition, the following classes and categories of claims, which have come up in the meantime, were also discussed:

- 9) claims for compensation in connection with restitution claims for agricultural lands in accordance with Section 23, paragraph 4 of the Third Restitution Law (Federal Law Gazette No. 54/1947);
- 10) claims derived from Article 26 of the State Treaty in connection with the War and Persecution Property Damage Law (Federal Law Gazette No. 127/1958).

The Austrian Federal Government based these discussions on the premise that these points comprise all outstanding classes and categories of claims against the Republic of Austria which may be derived by the persecutees referred to in Article 26 (1) of the State Treaty (hereinafter referred to as 'persecutees') from the pertinent provisions of the State Treaty and may be made the subject of representations by the Government of the United States of America against the Republic of Austria on the basis of the allegation of such claims by persecutees.

Claims of categories 1) and 2) have already been dealt with, as appears from the *notes verbales* of the Austrian Federal Government No. 537.991-VR/58 of April 15, 1958 and No. 540.712-VR/58 of September 15, 1958.

In addition to the assurances given in these notes the Austrian Federal Government is prepared to take the following measures in settlement of the remaining classes and categories of claims enumerated above, without prejudice to the legal position of the Austrian Federal Government regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

### **I. Lump Sum Settlement**

Establishment of a Fund with a capital in the equivalent amount of six million U. S. dollars, and in addition an amount equal to ten percent thereof for costs of administration, out of which payments are to be made to physical persons in accordance with the enclosed draft by-laws, which were jointly prepared on the basis of a proposal of the representatives of the Governments of the Republic of France, the United Kingdom and the United States of America. Payments from this Fund will not be set off against compensation to which persecutees are entitled under the War and Persecution Property Damage Law.

The Austrian Federal Government declares that any legislation required for the establishment of the Fund will be presented to the Austrian legislative bodies not later than three months after the receipt of the assurance mentioned in section B of this note.

According to the requirements, the above mentioned amounts will be made available to the Fund in the following manner:

as of July 1, 1959 . . . . .	10 million schillings
as of March 1, 1960 . . . . .	20 million schillings
as of June 1, 1960 . . . . .	20 million schillings
as of September 1, 1960 . . . . .	20 million schillings
as of December 1, 1960 . . . . .	20 million schillings
as of March 1, 1961 . . . . .	20 million schillings
as of June 1, 1961 . . . . .	20 million schillings
as of September 1, 1961 . . . . .	20 million schillings
as of December 1, 1961 . . . . .	the balance.

The aforesaid legislation will also contain the following provisions:

(a) The Fund to be established shall be exempt from all taxes and charges regulated by Federal laws. However, such exemption from taxes and charges shall not extend to business operations of the Fund which exceed the scope of an administration of property. Payments made out of the Fund shall not constitute income on which the recipients are liable to pay taxes.

(b) Documents caused directly by the establishment of the Fund shall be exempt from revenue stamp and legal fees and from federal administrative charges. The Fund shall be exempt from the payment of revenue stamp fees with respect to its correspondence with the public authorities and agencies.

(c) The Austrian authorities which are in possession of files on the alleged loss shall be obliged to furnish to the Fund such information as the Fund needs to judge the question as to whether the applicant has suffered a loss within the meaning of the by-laws of the Fund; the authorities may fulfill this obligation by granting access to their files, registers and other records, in particular to the files of the former Vermoegensverkehrsstelle.

## **II. *Agricultural Real Properties***

In the event that the current negotiations on the settlement of individual cases do not result in satisfactory settlements, the Austrian Federal Government will propose to the Austrian legislative bodies that they issue legal provisions providing for adequate compensation within the meaning of Section 23, paragraph 3 of the Third Restitution Law to those restitution claimants to whose claims Section 23, paragraph 4 of the said law is applicable.

## **III. *War and Persecution Property Damage Law***

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that as soon as possible legal provisions are enacted under which payments of the "Aid Fund for Political Persecutees Who Have Their Domicile and Permanent Residence Abroad" (Aid Fund) shall be set off against compensation for damage to household goods only to an extent of 10 percent of such payments, and against compensation for damage to equipment for the following of a trade or profession to an extent of 25 percent of such payments. Payments under Groups A or B of the "Aid Fund" shall not be set off against compensation under the War and Persecution Property Damage Law.

## **IV. *Tenancy Rights***

In individual cases where former holders of tenancy rights, which they lost as a result of persecution measures, have returned to Austria and are

making efforts to reestablish their permanent residence in Austria or to reestablish a business or profession in Austria, the Austrian authorities, within the possibilities at their disposal, will support such efforts to obtain tenancy rights for such purposes.

***V. Restitution of Heirless or Unclaimed Expropriated Properties for which Claims were not filed within Time Limits***

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that legislation concerning heirless or unclaimed properties, legal rights and interests (Article 26 (2) of the State Treaty) will be enacted within a reasonable time which will contain provisions to the effect that, in cases where a persecutes failed to file a restitution claim for the restitution of property, legal rights or interests within the time limits provided in the Austrian restitution legislation, such persecutee or his legal successor will be enabled to obtain satisfaction of his claim within the meaning of the Austrian restitution legislation providing such claim is filed within 3 months after receipt by the claimant of a request to file a claim or in other cases within one year after the enactment of such legislation.

**B**

The Austrian Federal Government declares its willingness to take the above measures, if it is given the assurance by the Government of the United States of America

a) that the Government of the United States of America after establishment of the Fund provided for under Point I with by-laws as set forth in the attached draft, and after the coming into force of the legislative measures designated above under Point II – in so far as satisfactory settlements are not reached – and under Points III and V will neither advance nor support through diplomatic channels against the Austrian Federal Government, any further claims of persecutees based on Article 26 of the State Treaty originating from the seizure, sequestration, confiscation, control or forced transfer of properties, legal rights and interests in Austria during the time after March 13, 1938 which come within the classes and categories enumerated in paragraphs 1 and 2 of section A of this note,

b) that to the best of the knowledge of the Government of the United States of America the categories of claims enumerated in paragraphs 1 and 2 of section A of this note comprise all outstanding categories of claims for the restitution or restoration of properties, legal rights and interests of persecutees in Austria which were seized, confiscated, sequestrated, taken under control or forcibly transferred during the time after March 13, 1938.

## C

Nothing in this note shall affect claims under the agreement of November 21, 1956 between the United States of America and Austria concerning certain bonds denominated in dollars (Federal Law Gazette 215/1957), under the Vienna Memorandum of May 10, 1955, or under Austrian civil legislation, and diplomatic representations based thereon.

In reply to your note I have the honor to inform you as follows:

1. My Government gives to the Austrian Federal Government the assurance requested in Section B of your note.

2. My Government has taken note that the Austrian Federal Government considers that the action which it has taken is without prejudice to its legal position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

For its part, my Government has requested me to confirm that the assurance which it is giving is likewise without prejudice to its position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

3. My Government also wishes to make clear that nothing in your note affects the provisions of the second sentence of paragraph 1, Article 26 of the State Treaty, in respect of any future measures.

4. My Government has instructed me to inform you in connection with your note on the settlement of the classes and categories of persecutee claims that the individual claims set forth on the list attached hereto, which were asserted under Article 26 of the State Treaty, may be the subject of further communications of the Government of the United States of America to the Austrian Federal Government.

5. My Government has instructed me to advise you that it may approach the Austrian Federal Government in the future in connection with the settlement of individual claims asserted under Article 26 of the State Treaty which are not presently known to my Government and do not fall within the classes and categories of claims enumerated in paragraphs 1 and 2 of Section A of your note.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

H. FREEMAN MATTHEWS

Enclosure:

1. List of claims.

His Excellency Dr. Leopold Figl  
Minister of Foreign Affairs  
Vienna

## LIST OF CLAIMS

1. Ulrich Strauss . . . . . Claims involving Raky Danubia and its assets
2. Oscar Strauss . . . . . Claim for possession of real property
3. Sara Pitzele . . . . . Claim for property and business
4. Bauer and Schwarz . . . . . Claim for building and real property
5. Alfred Berger . . . . . Claim for real property
6. Hedy Lamarr and  
Gertrude Kiesler . . . . . Claim for interest in oil rights and Steinberg  
Naphta, Erdöl-Bohr und Verwertungsgesell-  
schaft and Gewerkschaft "Pionier"
7. Elizabeth Crove . . . . . Claim for cancellation of leases and restoration  
of possession of real estate
8. Dora Larish . . . . . Claim for house and real estate in Vienna
9. Leopold Haas *et al* . . . . . Wiener Linoleum und Wachstuch und Kunst-  
lederfabriken A. G. (claim by Austrian Govern-  
ment and Kontrollbank)
10. Ernest C. Weiss . . . . . Steinwerke Tribuswinkel – Zeidler und  
Wimmel K. G. (claim by Austrian Government  
and Kontrollbank)
11. Jacob Berger . . . . . Claim for oil royalty – Erdölproduktionsgesell-  
schaft
12. Francis H. Kraus . . . . . Claim for painting
13. Isabella Ludwig . . . . . Claim for interest in real property
14. Hilde Fischl . . . . . Claim for bonds
15. Edmund Stinnes . . . . . Claim with regard to property of Montan  
Union A. G.
16. F. F. Fraenkel . . . . . Donauländischer Papiergrosshandel (claim by  
Austrian Government and Kontrollbank)

### III

*The Austrian Minister of Foreign Affairs to the American Ambassador*

[GERMAN TEXT]

**DER BUNDESMINISTER FÜR  
DIE AUSWÄRTIGEN  
ANGELEGENHEITEN**

Zl. 258.715-VR/59

Wien, am 22. Mai 1959

Exzellenz!

Ich beehre mich, auf Ihre Note vom 15. Mai 1959, Nr. 1439 in Beantwortung meiner Note vom 8. Mai 1959, Zl. 258.436-VR/59 Bezug zu nehmen.

Ich gestatte mir, im Namen der österreichischen Bundesregierung zu bestätigen, dass Ihre Note vom 15. Mai 1959 den Erfordernissen der in meiner Note vom 8. Mai 1959 verlangten Zusicherung entspricht.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Ihr

Leopold FIGL

Seiner Exzellenz  
M. H. Freeman Matthews  
ausserordentlicher und  
bevollmächtigter Botschafter  
der Vereinigten Staaten  
von Amerika  
Wien

[TRANSLATION<sup>1)</sup>]

**THE FEDERAL  
MINISTER OF  
FOREIGN AFFAIRS**

Zl. 258.715-VR/59

Vienna, May 22, 1959

Excellency:

I have the honor to refer to your note of May 15, 1959, No. 1439, in reply to my note of May 8, 1959, Zl. 258.436-VR/59.

I wish to confirm in the name of the Austrian Federal Government that your note of May 15, 1959, meets the requirements of the assurance requested in my note of May 8, 1959.

Accept, Mr. Ambassador, the assurances of my highest consideration.

Yours,

Leopold FIGL

His Excellency  
H. Freeman Matthews  
Ambassador Extraordinary  
and Plenipotentiary  
of the United States  
of America  
Vienna.

<sup>1)</sup> Translation by the Government of the United States of America.